Ausgabe 1
Juli 2025

SPD
Fraktion im Bundestag

FI 1

Fraktion intern

INVESTIEREN

für Zusammenhalt und Zuversicht

Für eine Politik, die persönliche, gesellschaftliche und europäische Sicherheit bietet

Rekordinvestitionen im Haushalt 2025
SEITE 6

Matthias Miersch im Interview
SEITE 16

Wohnen darf kein Luxus sein
SEITE 22

IMPRESSUM

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Derya Türk-Nachbaur, MdB,
Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Flora Wisdorff
Redaktionsschluss: 16. Juli 2025

Redaktionsanschrift: SPD-Bundestagsfraktion Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
Telefon: 030 227-513 34 · Telefax: 030 227-568 00
redaktion@spdfraktion.de · www.spdfraktion.de

Layout: Irina Dazenko

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Abbildungen:
Shutterstock | dobrograph (Cover)
Photothek Media Lab (Derya Türk-Nachbaur, Sonja Eichwede | S. 3, 5, 22)
Fionn Große (Matthias Miersch | S. 5, 16-21)
Michael Kastel (Esra Limbacher | S. 22)
Alle Abbildungen bearbeitet durch die SPD-Bundestagsfraktion.

Eine Politik, die Sicherheit schafft

DERYA TÜRK-NACHBAUR,
MdB
Parlamentarische
Geschäftsführerin

Wir leben in bewegten Zeiten. Viele Menschen sorgen sich um ihre persönliche Zukunft aber auch um unser Land. Steigende Preise, Ängste um den Job, Suche nach bezahlbarem Wohnraum und Sorgen um das Geld im Alter. Gleichzeitig sind sie konfrontiert mit Fragen von Krieg und Frieden, der Klimakrise und einer Welt, die zunehmend aus den Fugen gerät. All das hinterlässt Spuren, in den Gesprächen an der Haustür genauso wie im gesellschaftlichen Klima.

In solchen Zeiten braucht es eine Politik, die mehr ist als Krisenreaktion. Eine Politik, die verlässlich handelt, Perspektiven schafft und die Gesellschaft stabilisiert. Eine Politik, die persönliche, gesellschaftliche und europäische Sicherheit bietet, schafft Zusammenhalt und Zuversicht. Dafür stehen wir als SPD-Bundestagsfraktion.

Sicherheit heißt für uns nicht nur Schutz vor Bedrohungen. Es heißt: eine stabile Rente, ein bezahlbares Zuhause, eine verlässliche Gesundheitsversorgung, ein gut angebundener ländlicher Raum. Es heißt: funktionierende Schulen, pünktliche Bahnen und schnelles Internet. Es heißt aber auch: gerechte Löhne, faire Chancen und ein Staat, der niemanden alleine lässt. Wenn wir das organisieren, stiften wir Vertrauen in unsere Politik und letztlich in unsere Demokratie.

Genau hier setzt unsere Arbeit an. Mit unserem Investitionspaket schaffen wir jetzt die Voraussetzungen für Zukunftssicherheit ganz konkret vor Ort: Ob neue Kitas, sanierte Schulen, moderne Züge oder erneuerbare Energien – unsere Investitionen sind ein Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger, dass sich etwas bewegt. Wir wollen, dass die Bagger jetzt schnell rollen und spürbar ein Ruck durch das Land geht.

Das gilt besonders auch beim Thema Wohnen. In vielen Städten ist die Wohnungssuche zur existenziellen Belastung geworden. Mit der Verlängerung der Mietpreisbremse, dem Wohnungsbauturbo und einem noch kommenden, umfassenden Mieterschutzpaket setzen wir klare Zeichen: Wohnen darf kein Luxus sein. Es ist eine Frage der sozialen Sicherheit und damit eine Kernfrage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Auch außenpolitisch haben wir klare Prioritäten gesetzt: Die Reform der Schuldenbremse ermöglicht, gleichzeitig in unsere Verteidigungsfähigkeit und in den sozialen Zusammenhalt zu investieren. Damit lösen wir einen langjährigen Konflikt auf und machen deutlich: Sicherheit ist keine Entweder-oder-Frage, sondern Teil einer ganzheitlichen Zukunftspolitik.

Die neue Ausgabe von Fraktion intern beleuchtet viele dieser Schwerpunkte. Im Interview zieht unser Fraktionsvorsitzender Matthias Miersch Bilanz nach den ersten Wochen der Großen Koalition und macht klar: Jetzt ist die Zeit, die politische Mitte zu stärken, Vertrauen zurückzugewinnen und die Sicherheit zu geben.

Ich wünsche Euch eine anregende Lektüre.

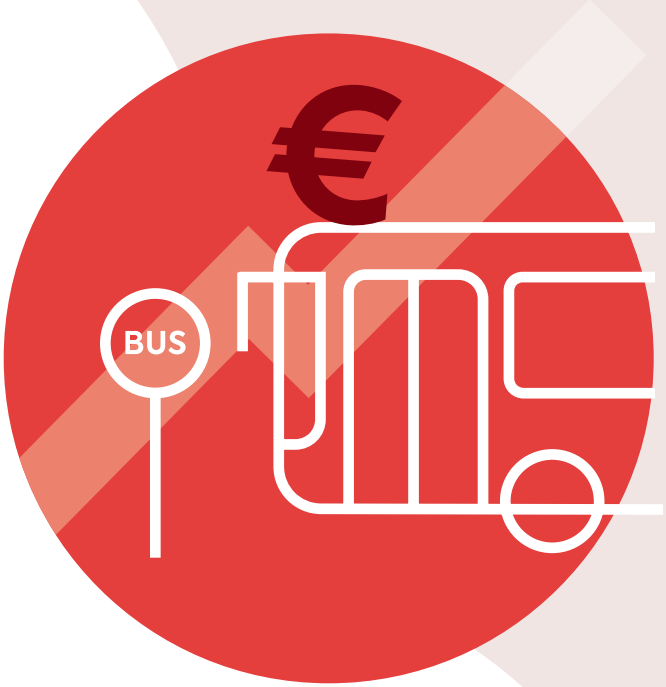
Herzliche Grüße
Derya Türk-Nachbaur

Inhalt

INVESTITIONEN

6 Investieren für Zusammenhalt und Zuversicht

Wir nehmen allein 2025 ganze 115 Milliarden Euro in die Hand, um in unsere Zukunft und in unseren Zusammenhalt zu investieren. Mit unserem Investitionspaket ermöglichen wir eine Politik, die persönliche, gesellschaftliche und europäische Sicherheit bietet.



HAUSHALT 2025

12 Spürbar im Alltag

Im Entwurf unseres Finanzministers Lars Klingbeil für den Haushalt 2025 kann man klar sehen, dass das historisch größte Investitionspaket vor allem dort ankommt, wo der Bedarf für die Bürgerinnen und Bürger auch im Alltag deutlich spürbar ist: bei Straßen und Schiene, Bildung und Digitalisierung, zusätzlichem Wohnraum sowie der Energieinfrastruktur. Ein Überblick.

INTERVIEW

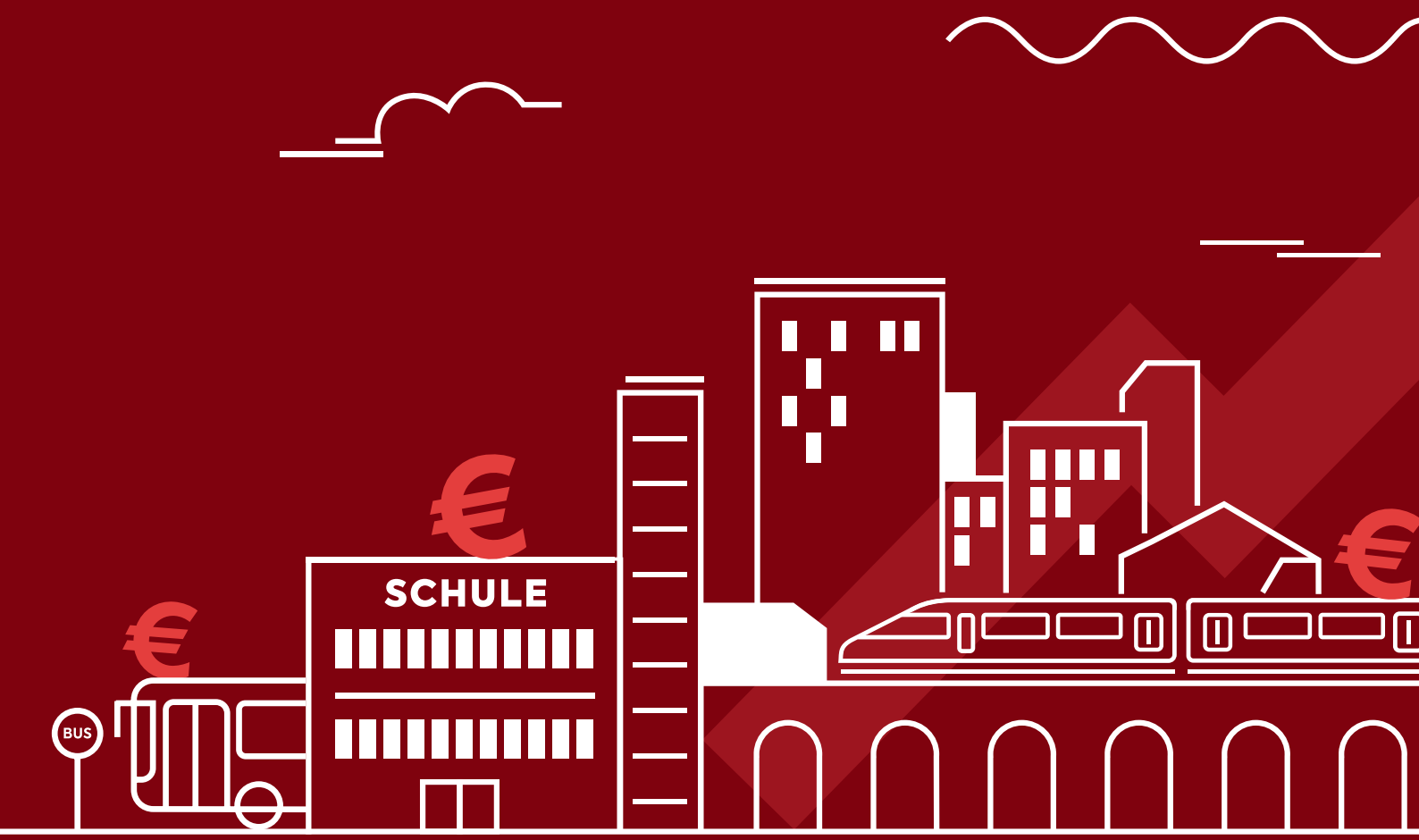
16 “Die Menschen müssen sich sicher fühlen”

Seit zwei Monaten regieren wir zusammen mit mit der Union. Wir ziehen eine erste Bilanz zum Start der Sommerpause mit unserem Fraktionschef Matthias Miersch. Er spricht über die Zusammenarbeit mit CDU und CSU, ein AfD-Verbot – und seine Prioritäten für den Herbst.

WOHNEN

22 Wohnen darf kein Luxus sein

Es muss für jeden Bürger und jede Bürgerin möglich sein, eine bezahlbare Wohnung in der Nähe des Arbeitsplatzes zu finden, schreiben unsere Fraktionsvizes Sonja Eichwede und Esra Limbacher. Sie erklären, mit welchen Maßnahmen wir das ermöglichen.

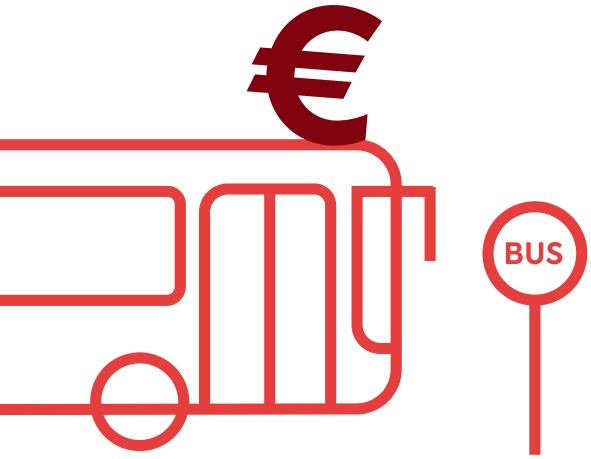


INVESTIEREN

für Zusammenhalt und Zuversicht

Wir bringen Rekordinvestitionen auf den Weg, damit die Menschen in diesem Land einen funktionierenden Staat und sichere Jobs haben und sich ein gutes Leben leisten können. Mit unserem Investitionspaket ermöglichen wir eine Politik, die persönliche, gesellschaftliche und europäische Sicherheit bietet.

UNI



Seit gut zwei Monaten arbeiten wir mit der Union in einer neuen Regierung. Wir haben viel Tempo gemacht, damit sich in diesem Land etwas verändert. Denn die Menschen verspüren eine große Unsicherheit: Sie fragen sich, wie sie sich noch etwas leisten können, wenn alles teurer wird, ob ihr Job noch sicher ist, wo sie eine gute Schule finden und wie es mit dem Krieg in der Ukraine weitergehen wird.

Die Basis dafür, dass wir diesen Sorgen begegnen können, hat die Koalition nun mit ihren Plänen für Rekordinvestitionen gelegt. Wir nehmen Milliarden in die Hand, und geben damit den Startschuss für eine beispiellose Investitionsdekade. Dieses große finanzielle Engagement ist dringend nötig, um Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen und damit auch Beschäftigung in Deutschland langfristig zu sichern. Mit dem hohen Investitionsniveau auch in den Folgejahren schaffen wir Planungssicherheit für neue Investitionen.

Für unsere Fraktionsvizin Wiebke Esdar haben die Rekordinvestitionen eine historische Bedeutung. Anders als während der Corona-Pandemie oder der Finanzkrise gehe es nicht darum, direkt Krisenfolgen abzufedern, sondern darum, nach vorne zu blicken. „Wir fahren endlich nicht mehr auf Verschleiß“, sagt sie.

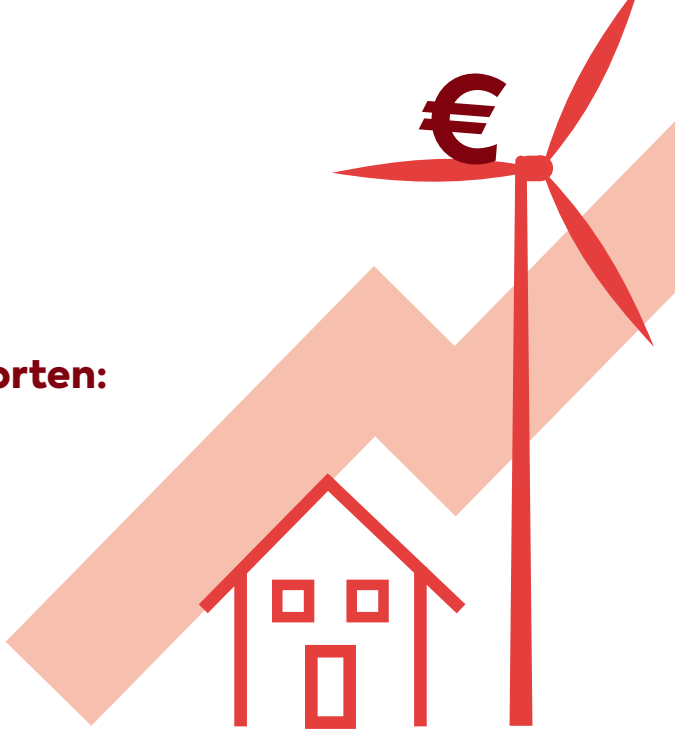
Die Hauptaufgabe sei nun, dafür Sorge zu tragen, dass die zur Verfügung gestellten Mittel auch verbaut würden. „Haushaltspolitik ist immer dann gut, wenn sie konkret für Bürgerinnen und Bürger wird“, so Esdar.

Das sieht auch unser Finanzminister Lars Klingbeil so. „Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger das in ihrem Alltag spüren“, sagt er. „Dass sich etwas verändert, dass das Schlagloch, das seit Jahren nervt, auf einmal beseitigt wird, dass die Schultoilette, die schon seit Jahren nicht mehr benutzt werden kann, repariert wird, dass auch im Dorf die Ladesäule für Elektromobilität ermöglicht wird, dass das Schwimmbad neue Duschen bekommt, dass die Schienen saniert, die Brücken stabilisiert und das Glasfaserkabel verlegt wird“, so Klingbeil. „Wir gehen jetzt das an, was jahrelang in unserem Land vernachlässigt wurde.“

Das Land soll nicht nur modernisiert werden, sondern das Leben der Menschen soll ganz konkret verbessert werden. Mit den Milliardeninvestitionen wird dafür gesorgt, dass neue Jobs entstehen, dass es faire Löhne gibt, dass man eine bezahlbare Wohnung findet. „Die Investitionen, die wir tätigen, schaffen Wachstum in unserem Land. Aber sie schaffen auch Gerechtigkeit. Für alle, die hart arbeiten, aber sich eben nicht alles leisten können“, so Lars Klingbeil.

Wir investieren in Bildung, in Infrastruktur, in Forschung, in Mobilität – all das, was der und die Einzelne sich nicht organisieren kann. „Das ist gelebte Solidarität“ sagt unser Fraktionschef Matthias Miersch.

Die Grundlage dafür sind zwei zentrale Schritte, die wir während der Koalitionsverhandlungen durchgesetzt haben. Erstens die Schaffung eines Sondervermögens von 500 Milliarden Euro für Investitionen in Infrastruktur, die dies überhaupt möglich machen. Und zweitens die Reform der Schuldenregel, die ermöglicht, dass Ausgaben für die Verteidigung von der Schuldenbremse ausgenommen werden. So können wir gleichzeitig für unsere äußere Sicherheit sowie unsere innere und soziale Sicherheit sorgen. Zuvor war das nicht möglich.

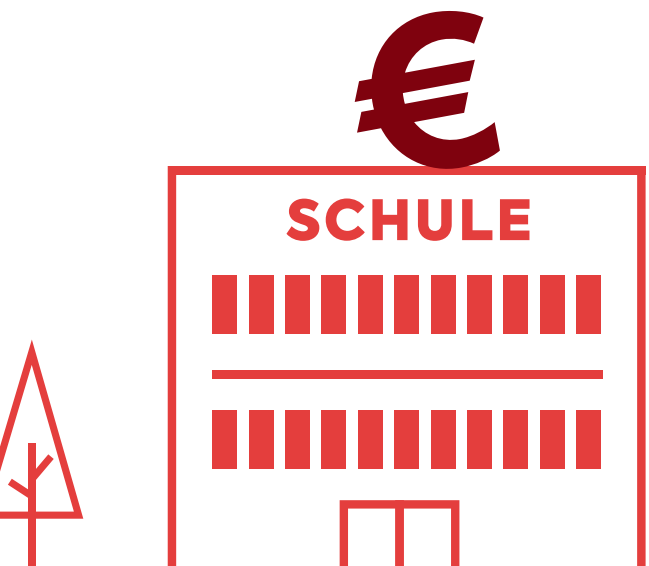


Die wichtigsten Fragen und Antworten:

Warum brauchen wir ein Sondervermögen?

Unter den Vorgaben der Schuldenbremse sind kreditfinanzierte Investitionen im Kernhaushalt begrenzt. Die Errichtung eines Sondervermögens, das an bestimmte Vorgaben gebunden ist, ermöglicht es, trotzdem wichtige Investitionen zu tätigen. Nach dem gleichen Prinzip ist bereits der Klima- und Transformationsfonds (KTF) entstanden. Dass im März 2025 noch der 20. Deutsche Bundestag mit einer Grundgesetzänderung die Voraussetzung dafür schuf, ein Sondervermögen von über 500 Milliarden Euro für die kommenden zwölf Jahre einzurichten, daran waren wir maßgeblich beteiligt. Das Geld steht für zusätzliche kreditfinanzierte Investitionen in die Infrastruktur und zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 bereit.

Das Sondervermögen umfasst drei Säulen: 100 Milliarden Euro fließen an die Länder und Kommunen. Weitere 100 Milliarden Euro stehen für Investitionen des Klima- und Transformationsfonds bereit. Der Bund kann für zusätzliche Investitionen auf 300 Milliarden Euro zurückgreifen. Die Mittel aus dem Sondervermögen können innerhalb einer Laufzeit von zwölf Jahren bewilligt werden.



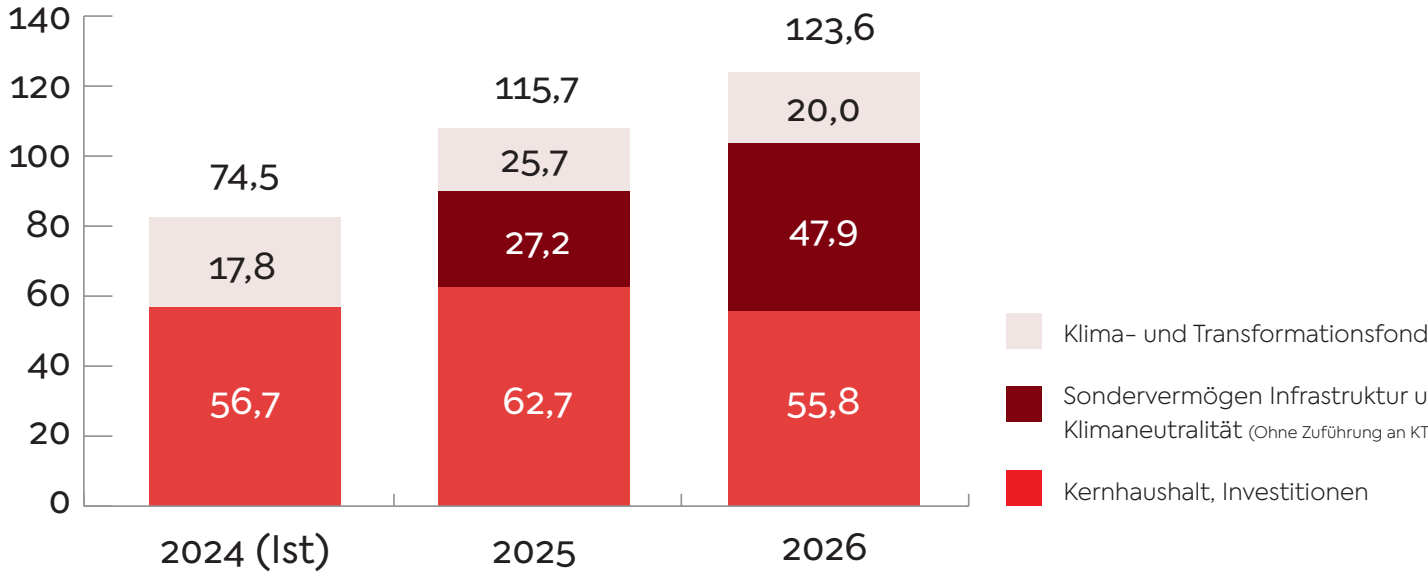
In welche Bereiche fließen die Investitionen?

Bereits geplant sind Investitionen etwa in einen zuverlässigen Bahnverkehr, in die Verbesserung der Kindertagesbetreuung und Angebote der digitalen Bildung, und die Digitalisierung. In den Folgejahren wachsen die Mittel deutlich an, unter anderem für den Breitbandausbau und die Digitalisierung der Verwaltung. Wichtige weitere Schwerpunkte sind Forschung, Klimaschutz sowie der Zivil- und Bevölkerungsschutz. Die Kommunen und Länder können ihre Mittel selber einsetzen – dort wird ein enormer Investitionsschub in Kitas, Schulen und Universitäten, Krankenhäuser, aber auch in die Verkehrsinfrastruktur vor Ort erwartet.

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass die Mittel schnell fließen und jeder Euro richtig eingesetzt wird – zur Verbesserung der Infrastruktur sowie zur Förderung des Wirtschaftswachstums. Bereits für das Jahr 2025 sind Ausgaben von fast 19 Milliarden Euro für Investitionen aus dem reinen Bundesanteil des Sondervermögens vorgesehen. Zusammen mit Mitteln für den Klima- und Transformationsfonds sowie Investitionen von Ländern und Kommunen sind für 2025 insgesamt rund 37 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen eingeplant.

Startschuss für eine Investitionsdekade

Stetig und verlässlich: Investitionsausgaben im Haushalt 2025 und Eckwerte für 2026 (in Mr



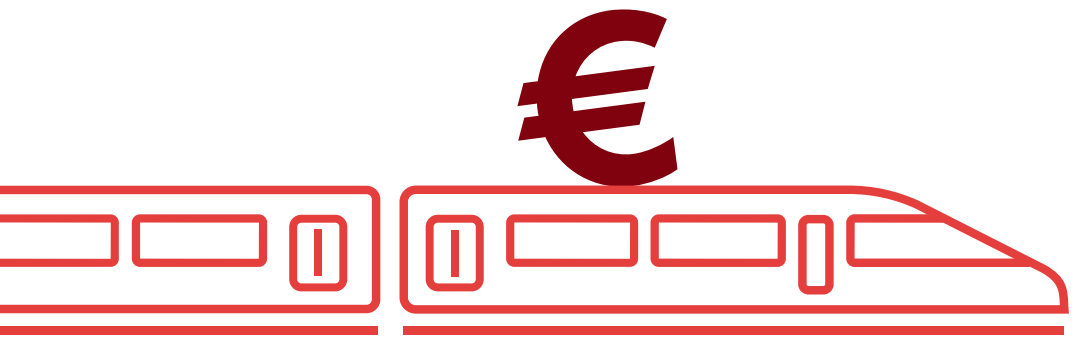
Qu

Sind das zusätzliche Investitionen?

Die Ausgaben für Investitionen, die im Bundeshaushalt festgehalten sind, müssen zehn Prozent der insgesamt veranschlagten Ausgaben im Bundeshaushalt übersteigen. Dann ist das Kriterium der Zusätzlichkeit erfüllt und erst dann können entsprechende Investitionen aus dem Sondervermögen erfolgen. Bei Maßnahmen des Bundes soll es zudem begleitende Erfolgskontrollen geben – nach Ablauf von vier und acht Jahren, ab Inkrafttreten des Gesetzes. Darüber hinaus erfolgt eine abschließende Erfolgskontrolle nach Ende der Laufzeit des Sondervermögens.

Wie sichern wir Jobs?

Indem wir die Wirtschaft steuerlich bei Investitionen entlasten wie etwa mit dem Investitionsbooster und indem wir für günstigere Energiepreise sorgen, tragen wir dazu bei, dass unsere Unternehmen besser im internationalen Wettbewerb bestehen. So sichern wir Arbeitsplätze und schaffen die Voraussetzung, dass neue Jobs entstehen. Außerdem profitieren Unternehmen von staatlichen Aufträgen, um beispielsweise Straße und Schiene zu sanieren – sowie gleichzeitig von der besseren Verkehrsinfrastruktur, die den Standort attraktiver macht und eine bessere Logistik ermöglicht. So sorgen wir für mehr Wachstum – und damit für mehr Wohlstand.



d. €)

s

nd

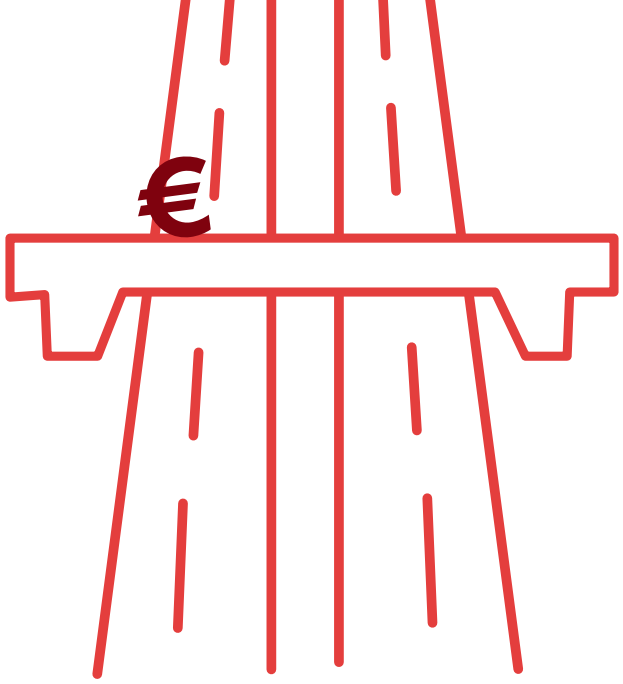
F)

elle: BMF

Wie werden Verbraucherinnen und Verbraucher entlastet?
Auch sie werden bei den Energiepreisen entlastet. Zudem ist geplant, die Steuern für untere und mittlere Einkommen zu senken. Zuschläge für Mehrarbeit werden steuerfrei (mehr Details dazu Seiten 12–15).

Leiden die nachfolgenden Generationen unter den hohen Schulden, die wir aufnehmen?
Es ist ökonomisch richtig und vernünftig, Zukunftsinvestitionen über Kredite zu finanzieren. Bei solchen Investitionen profitieren künftige Generationen. Es ist also nur sinnvoll, dass diese Generationen sich über die Tilgung an den Investitionen beteiligen. Ausgaben für die Infrastruktur in Deutschland oder für Bildungsausgaben, in den Klimaschutz und die Dekarbonisierung sind ganz typische Zukunftsinvestitionen. Die Kosten fallen heute an, während der Nutzen zum Teil in der sehr fernen Zukunft anfällt. Wenn die deutsche Wirtschaft bis 2050 vollständig auf erneuerbare Energien umstellt, bedeutet das, dass unsere Kinder, Enkelinnen und Enkel nichts mehr für den Import von Öl und Gas bezahlen müssen. Daher ist die Staatsverschuldung dafür durchaus generationengerecht.

Müssen wir auch sparen?
Die Bundesregierung geht mit den neuen Verschuldungsspielräumen im Bundeshaushalt sorgsam um. Um den Haushalt zu konsolidieren, setzt sie auf Wachstumsförderung und plant zusätzliche Sparmaßnahmen. Dazu gehören die Reform der Grundsicherung für Arbeitssuchende, Einsparungen beim Personal (Ausnahme: Sicherheitsbehörden), Halbierung der Bundesbeauftragten, Einsparungen bei Förderprogrammen und Einsparungen bei der Entwicklungshilfe.



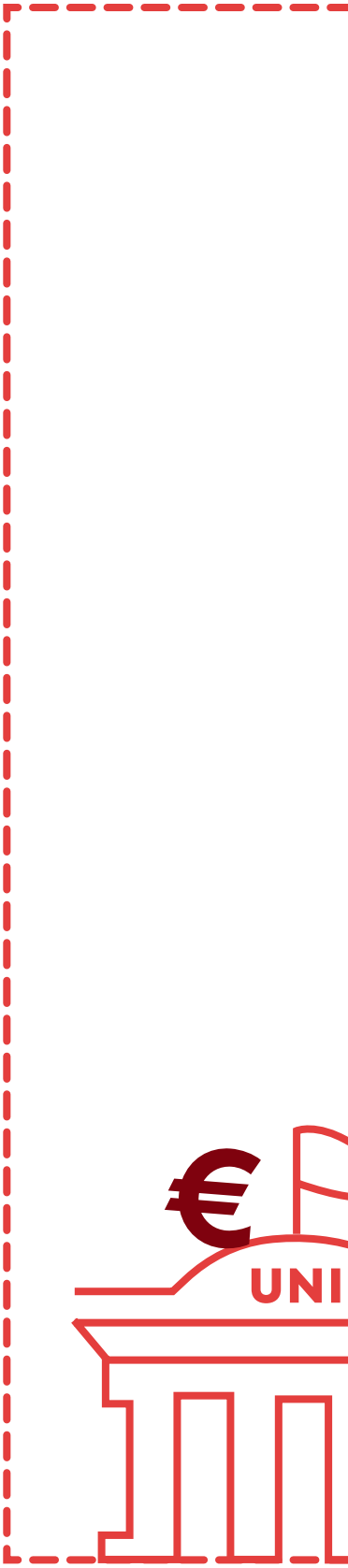
Was ist mit Reformen?
Eng verbunden mit der Aufstellung zukünftiger Bundeshaushalte werden die in Kürze startende Kommission zur Reform der Schuldenbremse sowie die Kommissionen zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme sein. Ziel ist es, zeitnah sicherzustellen, dass auch zukünftig ein hohes Investitionsniveau garantiert wird und wir den sozialen Zusammenhalt in unserem Land langfristig sichern und finanzieren können.

Das ist gelebte Solidarität.

— Fraktionschef Matthias Miersch

Der Investitions-hochlauf beginnt

Aus den Mitteln des neuen Sondervermögens, dem Klima- und Transformationsfonds sowie dem eigentlichen Kernhaushalt werden im Entwurf für den Haushalt 2025 insgesamt über 115 Milliarden Euro für Investitionen bereitgestellt. Das sind rund 40 Milliarden mehr als im vergangenen Jahr.



Verkehrsinfrastruktur

Die Verkehrsinvestitionen steigen massiv an und erreichen einen nie zuvor erreichten Höchstwert. Allein für die dringende Modernisierung der Bahninfrastruktur stehen dem Bund für 2025 knapp 22 Milliarden Euro zur Verfügung, bis 2029 sind es über 100 Milliarden. Insgesamt stehen für Investitionen in Straße, Schiene und Wasserstraße 2025 rund 33 Milliarden Euro zur Verfügung, das sind rund 7 Milliarden mehr als 2024.

Bildung

Für Bildungs- und Forschungsausgaben werden in 2025 aus dem Kernhaushalt insgesamt 29,4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt – rund 1,2 Milliarden mehr als im Jahr 2024. Dem für Bildung, Wissenschaft und Forschung zentralen Einzelplan 30 stehen 22,4 Milliarden Euro in 2025 zur Verfügung. Gemeinsam mit Mitteln des Sondervermögens unterstützt der Bund damit die Länder bei zahlreichen Programmen für Bildung, Studium und Lehre und Kinderbetreuung. Das Startchancen-Programm, mit dem Kinder aus angespannten sozialen Gegenden speziell gefördert werden, wird mit 400 Millionen Euro pro Jahr weitergeführt.

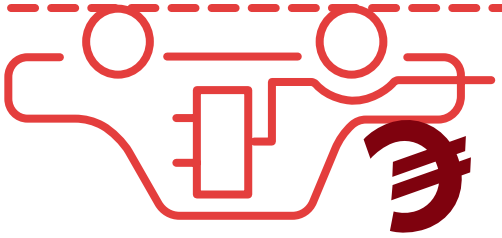
Auch die digitale Ausstattung von Schulen soll mit dem DigitalPakt 2.0 weiter ausgebaut werden. Der Bund ist bereit, sich mit zusätzlichen 2,5 Milliarden Euro zu beteiligen. Für mehr Bildungsgerechtigkeit in Deutschland unterstützt der Bund die Länder in den nächsten Jahren zusätzlich beim Ganztagsausbau, die Kita-Qualität wird darüber hinaus 2025 und 2026 jeweils mit knapp 2 Milliarden Euro zusätzlich gefördert. Weitere Milliarden aus dem Sondervermögen werden für Investitionen in Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur und Kitas bereitgestellt.

Neuer Wohnraum und schnelleres Bauen

Bezahlbarer Wohnraum ist nach wie vor eine der zentralen gesellschaftlichen Fragen. Der Bund hat für den sozialen Wohnungsbau im Jahr 2025 Programmmittel in Höhe von 3,5 Milliarden Euro vorgesehen, die bis 2029 um weitere 20 Milliarden Euro aufwachsen. Auch die Städtebauförderung wird in 2025 mit Programmmitteln in Höhe von 790 Millionen Euro unterstützt. Auch hier sollen die Mittel weiter anwachsen, weitere rund fünf Milliarden Euro an Programmmitteln sind bis 2029 vorgesehen. Damit werden die Programmmittel im Jahr 2029 doppelt so hoch sein wie noch im laufenden Jahr 2025. Aus dem Sondervermögen sollen zusätzliche Programmmittel für das Bauen von rund 8 Milliarden Euro im Zeitraum bis 2029 bereitgestellt werden. Für den klimaneutralen Neubau werden zudem zusätzliche Förderungen mit einem Volumen von insgesamt 3,25 Milliarden Euro ermöglicht.

Digitalisierung

In den kommenden Jahren wird der Bund massiv in die Digitalisierung investieren, Digitalisierung wird darüber hinaus in einem neuen Ministerium gebündelt. Aus dem Sondervermögen stehen bereits für 2025 Investitionen von vier Milliarden Euro in die Digitalisierung bereit. Diese werden in den kommenden Jahren weiter stark aufwachsen, u. a. für den Breitbandausbau und die Digitalisierung der Verwaltung.



Klimaneutraler Umbau

Der Klima- und Transformationsfonds (KTF) ist zentral für Investitionen in die Klimaneutralität. Deshalb wird der Fonds finanziell gestärkt und auf verlässliche Füße gestellt. Dafür werden dem KTF aus dem Sondervermögen insgesamt 100 Milliarden Euro (zehn Milliarden Euro jährlich) zugeführt. Im KTF sind Programmausgaben bis 2029 in Höhe von 187 Milliarden Euro vorgesehen. Darunter fallen u. a. Gebäudeförderung, klimafreundliche Mobilität, Entlastung bei Energiekosten und Transformation der Industrie.

Damit setzen wir mit diesem Haushalt ein wichtiges Signal: Wir machen künftig mehr im Kampf gegen den Klimawandel und nicht weniger!

Äußere und innere Sicherheit

Mit der Änderung der Schuldenregel, die höhere Verteidigungsausgaben ermöglicht, hat die Bundesregierung die Grundlage geschaffen, in einer veränderten internationalen Sicherheitsordnung dauerhaft mehr Verantwortung übernehmen zu können. Deshalb bekennen wir uns klar zu unserer Verantwortung in der NATO und zu einer starken europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Seine internationalen Verpflichtungen wird Deutschland umfänglich erfüllen und sich dabei stets an den nötigen Fähigkeiten orientieren. Die NATO-Quote erreicht mit dem 2. Entwurf zum Bundeshaushalt 2025 in diesem Jahr 2,4 Prozent des Bruttoinlandproduktes und steigt auf Basis der Eckwerte auf 3,5 Prozent im Jahr 2029. Die Unterstützung der Ukraine, militärisch und zivil, wird auch in den künftigen Haushalten sichergestellt sein.

Sicherheitspolitik besteht nicht nur aus militärischer Stärke, sondern auch aus präventiver Sicherheitspolitik. Trotz nötiger Einsparungen wird Deutschland weltweit der größte Geldgeber im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sein.

Neben der äußeren stärken wir auch die innere Sicherheit. Hierfür schaffen wir 1 000 neue Stellen für die Bundespolizei und stellen gegenüber der bisherigen Finanzplanung zusätzlich 1,1 Milliarden Euro im Bereich der inneren Sicherheit allein für 2025 zur Verfügung. Bis 2029 wird der Bereich innere Sicherheit mit über 7,5 Milliarden Euro gestärkt.

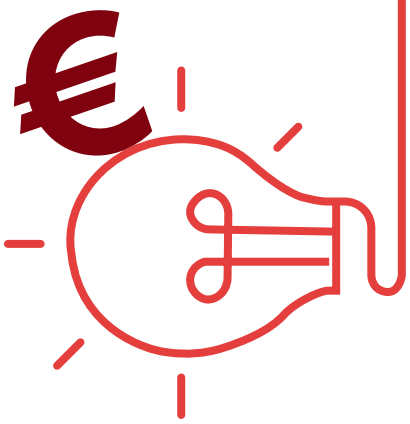
Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen

Der klimaneutrale Umbau unseres Landes ist nach wie vor eine der größten Herausforderungen. Damit auf diesem Weg möglichst alle mitkommen, begleitet die Bundesregierung den Umbau mit massiven Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Im KTF stehen beispielsweise rund 47 Milliarden Euro bis 2029 bereit, um Verbraucherinnen und Verbraucher bei den Energiekosten zu entlasten.

Konkret werden die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen bei den Energiekosten entlastet: Erstens verstetigen wir verlässlich die Absenkung der Stromsteuer für die Breite des produzierenden Gewerbes – also für all die Unternehmen, die Strom für ihre Produktion brauchen, vom Industrieunternehmen bis zur Bäckerei. Zweitens übernimmt der Bund einen deutlich stärkeren Anteil an den Netzausbaukosten. Die Netzausbaukosten sollen zukünftig deutlich weniger über die Stromrechnung finanziert werden. Davon profitieren neben den privaten Haushalten die Breite des Gewerbes und Handwerkes und insbesondere all die Industrieunternehmen, die nicht bereits jetzt von Abgaben und Umlagen und Netzentgelten weitgehend ausgenommen sind. Drittens entlasten wir alle Verbraucherinnen und Verbraucher von den Kosten der Gasspeicherumlage.

Auch in anderen Bereichen entlastet das Haushaltspaket die Bürgerinnen und Bürger. So werden Beitragssatzsteigerungen in der gesetzlichen Krankenversicherung und sozialen Pflegeversicherung gedämpft, indem der Bund weitere Darlehen an den Gesundheitsfonds und den Ausgleichsfonds der sozialen Pflegeversicherung leistet.

Für die Unternehmen gibt es zudem ein steuerliches Investitionssofortprogramm, um Deutschland rasch wieder auf Wachstumskurs zu bringen und gute Arbeitsplätze für die Beschäftigten zu sichern. Es beinhaltet gezielte Steueranreize, eine verbesserte Forschungsförderung und umfangreiche Investitionshilfen für Kommunen. Kernelemente des Investitionsprogramms sind die Wiedereinführung einer großen degressiven Abschreibung für Investitionen, höhere Abschreibungen für Elektrofahrzeuge in Unternehmen und eine schrittweise Senkung der Unternehmensteuern ab dem Jahr 2028. Da die steuerlichen



Maßnahmen auch die Einnahmen der Länder und Kommunen betreffen, wird der Bund für eine finanzielle Kompensation in Milliardenhöhe sorgen.

Im nächsten Schritt steht zur Mitte der Legislatur die verabredete Senkung der Einkommensteuer für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit kleinen und mittleren Einkommen an.

Die Menschen müssen sich sicher fühlen

Matthias Miersch über die Zusammenarbeit mit der Union, ein AfD-Verbot – und seine Prioritäten für den Herbst

Seit zwei Monaten Tagen regieren wir zusammen mit der Union. Wir ziehen eine erste Bilanz zum Start der Sommerpause mit unserem Fraktionschef Matthias Miersch.

Fraktion intern: Seit gut zwei Monaten steht die schwarz-rote Koalition und seit dieser Zeit bist du, Matthias, auch neuer Fraktionsvorsitzender der SPD. Wie fühlt sich die Zusammenarbeit mit der Union an – insbesondere nach der vertagten Wahl der Richter:innen für das Bundesverfassungsgericht?

Matthias Miersch: Mich ärgert sehr, was mit Blick auf die Richter:innen-Wahl passiert ist. Statt darüber zu reden, dass wir etwa den Wohnungsbauturbo und einen riesigen Investitionshaushalt auf den Weg gebracht haben, beherrscht leider Streit die Schlagzeilen. Der Vorgang ist umso betrüblicher, als dass ich in den letzten zwei Monaten schon gespürt habe, dass alle in der Koalition gewillt sind, auch Ergebnisse zu produzieren und den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass wir wissen, welche Verantwortung wir tragen – auch, wenn wir an einigen Stellen die Dinge natürlich völlig unterschiedlich sehen.

Fraktion intern: Und wie geht es jetzt weiter?

Matthias Miersch: Es ist auf alle Fälle ein ernster Vorgang. Wir werden die Wochen der parlamentarischen Sommerpause dafür nutzen, um ihn mit der Union in aller Gründlichkeit aufzuarbeiten. Ich erwarte, dass die Diskussion sachlich geführt wird. Dann dürfte sich abermals zeigen, dass Frau Brosius-Gersdorf all die Qualifikationen mitbringt, die für eine Verfassungsrichterin notwendig sind. Sie genießt einen exzellenten Ruf in der Fachwelt. Darum hat sie ja auch die nötige Zweidrittelmehrheit im zuständigen Richterwahlausschuss erreicht. Was wir dann erlebt haben, war eine unfassbare Hetzkampagne von ganz rechts. Hier wurden Aussagen von ihr völlig aus dem Zusammenhang gerissen und verzerrt. Mittlerweile hat sich Frau Brosius-Gersdorf auch öffentlich erklärt. Das begrüße ich sehr. Die Union muss jetzt das direkte Gespräch mit der Kandidatin suchen – am Ende müssen die Mehrheiten stehen. Wir stehen zu Frauke Brosius-Gersdorf.

Fraktion intern: Wie ist dein persönliches Verhältnis zu Jens Spahn?

Matthias Miersch: Wir sind grundsätzlich sehr unterschiedlich und haben auch unterschiedliche Überzeugungen. Und trotzdem bauen wir gerade ein gutes Arbeitsverhältnis auf. Bisher war dieses Verhältnis konstruktiv sachlich, und ich war guter Dinge. Es werden aber weitere große Konflikte im Laufe dieser Legislaturperiode kommen. Ob und wie wir diese Konflikte bewältigen können, hängt davon ab, wieviel Vertrauen zwischen uns bis dahin gewachsen ist.

Fraktion intern: Wo siehst du bei dem, was innerhalb der ersten 70 Tage geschafft wurde, die sozialdemokratische Handschrift?

Matthias Miersch: Wir haben uns erfolgreich für das größte Investitionspaket in Infrastruktur und Klimaschutz eingesetzt und können nun umsetzen, was die Bürgerinnen und Bürger von uns verlangen: Eine Politik, die persönliche, gesellschaftliche und europäische Sicherheit bietet, schafft Zusammenhalt und Zuversicht. Die Menschen wollen funktio-

nierende Schulen, gute Kitas, eine pünktliche Bahn, eine schnelle Internetverbindung. In all das fließt jetzt Geld. Mit dem Investitionsbooster fördern wir zudem Investitionen in den Industriestandort Deutschland und sichern damit viele Arbeitsplätze. Ein ganz wichtiger Punkt ist auch die Verlängerung der Mietpreisbremse. Die war in der Ampel an der FDP gescheitert. Verena Hubertz hat als neue Bauministerin außerdem den Wohnungsbauturbo auf den Weg gebracht – dadurch wird mehr und schneller gebaut werden. Das größere Wohnungsangebot wird auch bei bezahlbaren Mieten helfen.

Fraktion intern: Die Mietpreisbremse gibt es ja schon länger, trotzdem hat man in den Großstädten den Eindruck, dass das jetzt nicht das Allheilmittel ist und die Mieten trotzdem immer weiter steigen. Kommt da noch mehr?

Matthias Miersch: Mit der Verlängerung der Mietpreisbremse und dem Wohnungsbauturbo haben wir einen wichtigen Schritt nach vorn gemacht. Trotzdem bleiben wir nicht stehen. Ein weiteres großes Mieterschutz-Paket kommt.

Fraktion intern: Wird dieses Paket auch Sanktionsmöglichkeiten beinhalten?

Matthias Miersch: Auch Indexmieten, möblierte Vermietungen und die Kurzzeitvermietung müssen perspektivisch stärker reglementiert werden. Die Reform der Mietwuchervorschrift steht ebenso auf unserer Agenda wie eine stärkere Sanktionierung von Verstößen gegen bestehende Regelungen. Auch der Schutz vor Umwandlungen und eine faire Modernisierungsumlage sind Teil eines wohnungspolitischen Gesamtpakets, das noch folgen wird.

Fraktion intern: In der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause war Haushaltswoche- das Parlament hat erstmals über den Haushalt beraten. Was sind für dich die wichtigsten Punkte?

Matthias Miersch: Für mich ist zentral, dass wir Maßnahmen gegen die Unsicherheit ergreifen, die die Menschen angesichts steigender Preise und angesichts des Krieges in der Ukraine spüren. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen sich sicher fühlen. Viele Jahre hat die Schuldenbremse uns daran gehindert, in den Zusammenhalt und die Zukunft in dieses Land zu investieren, eben in Schulen, Kitas, Straßen oder Krankenhäuser. Jetzt können wir das endlich tun. Mit dem 500-Milliarden- Sondervermögen, das die SPD durchgesetzt hat, sorgen wir so für mehr persönliche und gesellschaftliche Sicherheit. Gleichzeitig können wir in unsere äußere Sicherheit investieren – Damit lösen wir auch einen Konflikt auf, den es jahrelang in unserer Gesellschaft gegeben hat – nämlich die Entscheidung, ob in die Bundeswehr oder die Industrie investiert wird, ob der Ukraine geholfen oder in den Klimaschutz investiert wird.

Fraktion intern: Dennoch müssen wir auch sparen. Klar wurde das zuletzt, als es um die Entlastung bei den Energiepreisen ging. Die Verbraucher werden weniger stark entlastet als die Wirtschaft.

Matthias Miersch: In dem Entlastungspaket, das der Bundeskanzler mit der Bundeswirtschaftsministerin und dem Bundesfinanzminister dem Parlament vorgelegt hat, ist die Senkung der Netzentgelte für alle drin. Das heißt: Davon profitieren auch die Verbraucherinnen und Verbraucher. Genauso wie von der sogenannten Gaseinspeisungsumlage, die für Unternehmen und für Bürgerinnen und Bürger gesenkt wird. Eine vierköpfige Familie spart dadurch etwa 160 Euro im Jahr. Richtig ist, dass wir uns bei der Senkung der Stromsteuer zunächst auf die Unternehmen fokussieren. Wir wollen, dass unsere Industrie im internationalen Wettbewerb besteht und so Jobs sichern.

Senken wir die Stromsteuer auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher, brauchen wir weitere Milliardenbeträge, für die wir augen-

blicklich keine Deckung haben. Ich habe überhaupt nichts dagegen, die Stromsteuer weiter zu senken. Aber die entscheidende Frage ist: Wo nehmen wir das Geld her? Das ist der Casus knacksus.

Fraktion intern: Die Union schlägt vor, dass man das Geld zum Beispiel beim Bürgergeld einsparen könnte. Was ist da deine Antwort?

Matthias Miersch: Natürlich kann man darüber sprechen, wie wir den Missbrauch beim Bürgergeld bekämpfen wollen. Aber manche in der Union suggerieren, dass es sich um sehr viele Missbrauchsfälle handele. Das ist faktisch nicht der Fall. Das Einsparpotenzial erreicht nicht die Summen, die wir für weitere Entlastungen für die Bürger und Bürgerinnen brauchen. Für mich gehört zu einer seriösen Politik dazu, dass ich bei den Fakten bleibe, auch wenn das keine Schlagzeilen produziert. Das Kürzen beim Bürgergeld ist begrenzt, denn es gibt eine Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die festlegt, wie das Existenzminimum gewährleistet sein muss. Und die müssen wir berücksichtigen.

Fraktion intern: Wo gibt es denn Einsparpotenziale?

Matthias Miersch: Als erstes setzen wir jetzt darauf, dass unsere Wirtschaft wieder wächst und damit auch die Steuereinnahmen steigen. Grundsätzlich müssen wir überall prüfen, wo unsere Ausgaben sinnvoll sind. Wo gibt der Bund welche Gelder wofür aus? Außerdem setzen wir die im Koalitionsvertrag vereinbarten deutliche Einsparungen um, insbesondere beim Personal und bei Verwaltungsausgaben. Wir müssen ordentlich mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger haushalten. Gleichzeitig stärken wir die staatlichen Einnahmen, indem wir uns weniger entgehen lassen. Wir werden hart gegen diejenigen vorgehen, die sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Wir setzen daher auf die konsequente Bekämpfung von Steuerbetrug, Schwarzarbeit und sonstiger Finanzkriminalität.

Fraktion intern: Der SPD-Parteitag hat einen eindeutigen Beschluss zum AfD-Verbot gefasst. Was bedeutet das für die Fraktion?

Matthias Miersch: Es ist gut, dass wir jetzt eine einheitliche Meinung dazu in der SPD haben. Das ist ein einstimmiger Parteitagsbeschluss gewesen. Vorher gab es sehr vielfältige Meinungen und große Diskussionen. Jetzt wissen wir ganz deutlich, wie wir mit der Union in die Verhandlungen gehen.

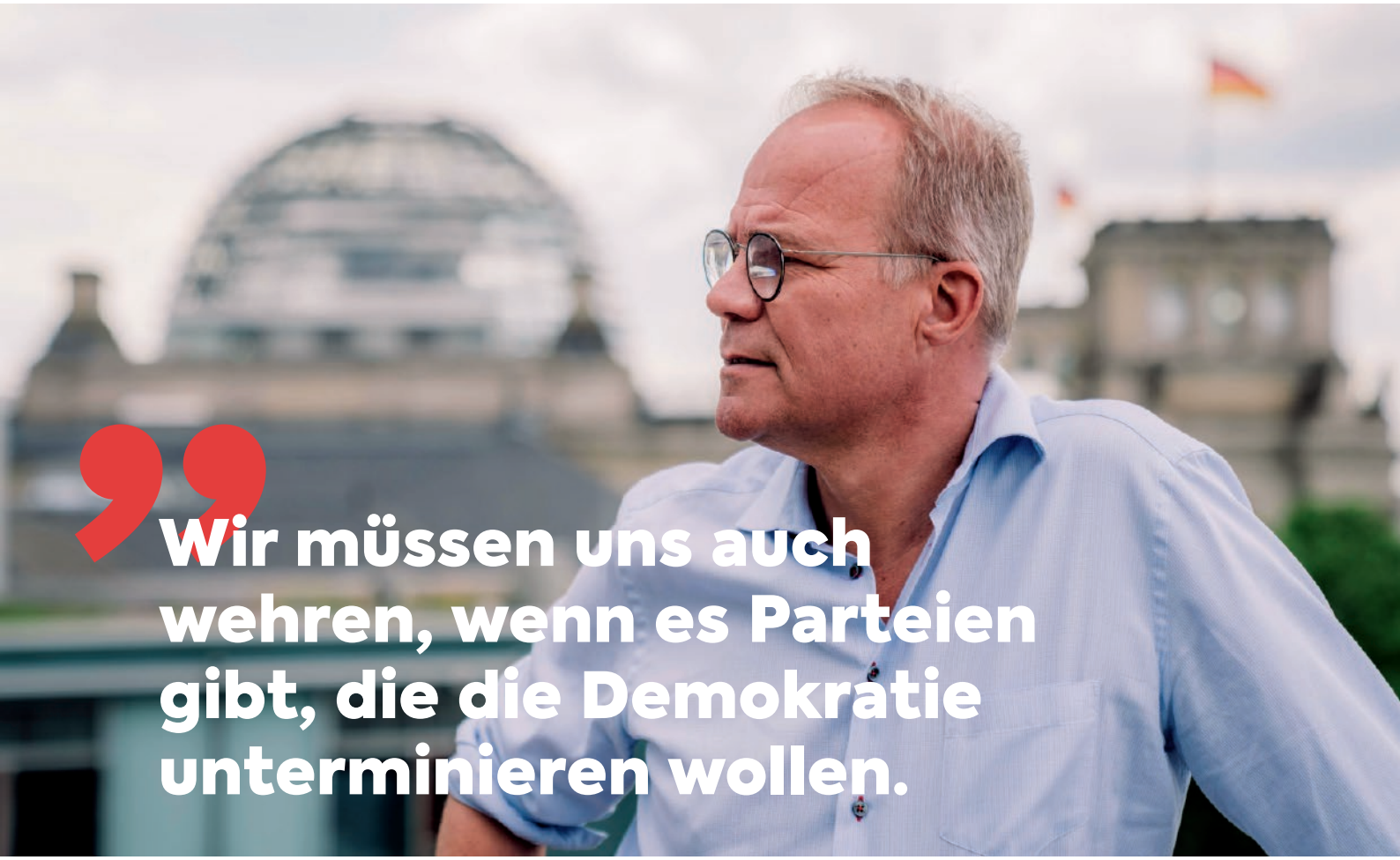
Fraktion intern: Was genau ist denn jetzt der Plan?

Matthias Miersch: Die Verfassung gibt uns die Möglichkeit des Verbots einer Partei. Das heißt, die Mütter und Väter des Grundgesetzes sagen, wir müssen uns auch wehren, wenn es Parteien gibt, die die Demokratie unterminieren wollen. Das ist das schärfste Schwert. Wir haben jetzt Erkenntnisse, dass die AfD an mehreren Stellen als rechtsextrem eingestuft ist. Das reicht alleine noch nicht aus, um sie zu verbieten. Aber es ist ein fester, fundamentaler Bestandteil. Meiner Meinung nach müssen alle Demokratinnen und Demokraten jetzt loslegen. Jetzt muss alles zusammengetragen werden, was wir an Erkenntnissen jenseits des Verfassungsschutzes haben. Im Rahmen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe sollen Experten beauftragt werden, einen Bericht zu erarbeiten, der dann die Grundlage für das Verbotsverfahren ist. Der Bundestag kann als Institution in Karlsruhe einen Antrag auf das Verbotsverfahren stellen. Dazu brauchen wir allerdings auch die Stimmen der Union. Wir müssen jetzt handeln. Und insofern hoffe ich sehr, dass wir auch die Unionsparteien davon überzeugen können.

Fraktion intern: Was können wir selbst tun, um die Wählerinnen und Wähler von den Rändern wieder zur demokratischen Mitte zu ziehen?

Matthias Miersch: Viele Menschen sind verunsichert: Klimawandel, Krieg, Migration, Inflation, Wirtschaftsflaute – das sind nur einige Themen, die vielen große Sorgen bereiten. Einige suchen dann eben auch nach vermeintlich einfachen Antworten. Und das ist für mich das Hauptspielfeld, wo alle demokratischen Parteien auch adäquate Antworten geben müssen, wie zum Beispiel beim Thema Mieten: Wie kann ich als Regierung dafür sorgen, dass Wohnen eben kein Luxusgut ist? Wie kann ich dafür sorgen, dass es gute Schulen gibt, eine Bahn, die pünktlich kommt? Wie kann ich dafür sorgen, dass jene, die hart arbeiten, auch gut leben können? Das sind Bereiche, wo ich mir wünsche, dass wir mit den Unionsparteien in den nächsten Monaten und Jahren Antworten finden, um der AfD an dieser Stelle das Wasser abzugraben.

Fraktion intern: Welche Bedeutung hat die Sicherung der gesetzlichen Rente?



Wir müssen uns auch wehren, wenn es Parteien gibt, die die Demokratie unterminieren wollen.

Matthias Miersch: Das Thema Alterssicherung ist ebenfalls sehr wichtig dafür, dass die Menschen sich sicher fühlen. Für Millionen von Menschen ist die gesetzliche Rente die einzige und wichtigste Altersvorsorge. Die geplante Sicherung des Rentenniveaus ist dabei ganz zentral. Natürlich geht es auch darum, wie man die Finanzierung der Rente stabilisieren kann. Aber das Entscheidende ist, dass es ein klares Signal gibt, dass die Rentenversicherung weiter ein fester Bestandteil in dieser Gesellschaft bleiben wird. Und dafür wird die SPD-Fraktion sorgen.

Fraktion intern: Die Sommerpause hat nun begonnen. Was sind deine Prioritäten für den Herbst?

Matthias Miersch: Ich möchte, dass wir im Herbst sehr schnell das Sondervermögen Infrastruktur und den Haushalt auf die Beine stellen, damit wir unsere geplanten Rekordinvestitionen in Angriff nehmen können. Das ist elementar und ganz wichtig, um unsere Handlungsfähigkeit schnell herzustellen. Für mich ist auch wichtig, dass das Tariftreuegesetz schnell kommt. Darin regeln wir, dass nur Unternehmen öffentliche Aufträge bekommen, die tariflich gebunden sind. Mehr Tarifbindung bringt auch höhere Löhne mit sich. Auch die Sicherung des Rentenniveaus muss schnell kommen. Insgesamt wünsche ich mir, dass wir zusammen mit der Union viel erreichen, um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten und ihnen ein gutes Leben zu ermöglichen.

Das Gespräch mit Matthias Miersch als Podcast hören Sie hier

Wohnen ist kein Luxusgut!

Die neue Koalition hat sich in der Wohn-, Miet- und Baupolitik viel vorgenommen: Ziel ist ein echter Aufbruch, getragen vom Prinzip: Wohnen ist Daseinsvorsorge. Es muss für jeden Bürger und jede Bürgerin möglich sein, eine bezahlbare Wohnung in der Nähe des Arbeitsplatzes zu finden.

Sonja Eichwede
MdB

Esra Limbacher
MdB

Damit Wohnen nicht zum Luxusgut wird, haben wir erste wichtige Maßnahmen beschlossen: Wir verlängern die Mietpreisbremse, wir ermöglichen, schneller und einfacher zu bauen – und wir erhöhen die Förderung für den sozialen Wohnungsbau.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

In Deutschland lebt mehr als die Hälfte der Bevölkerung zur Miete. Viele Mieterinnen und Mieter fragen sich zunehmend, ob sie sich ihre Wohnung auch künftig noch leisten können – und ob sie überhaupt noch bezahlbaren Wohnraum finden. Es ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt von grundlegender Bedeutung, dass Menschen dort wohnen können, wo sie arbeiten, eine Ausbildung machen oder studieren.

Wohnen und Mieten sind zentrale soziale Fragen unserer Zeit. Im Koalitionsvertrag haben wir zahlreiche Maßnahmen vereinbart, die das bezahlbare Wohnen sichern und das soziale Mietrecht stärken sollen. Ende Juni hat der Bundestag bereits die Verlängerung der Mietpreisbremse um vier Jahre beschlossen. Ohne diese Entscheidung wäre sie zum Jahresende ausgelaufen – mit weitreichenden Folgen für die Mietpreise bei Neuvermietungen.

Die Landesregierungen behalten damit weiterhin die Möglichkeit, per Rechtsverordnung Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten auszuweisen. In diesen Regionen darf die Miete bei einer Neuvermietung maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. So wird der Anstieg von Mieten in besonders gefragten Lagen wirksam gebremst. Aktuell gilt die Mietpreisbremse in über 400 Kommunen – darunter nicht nur Großstädte, sondern auch viele mittelgroße und kleinere Städte sowie ländliche Regionen.

Die Verlängerung der Mietpreisbremse ist jedoch nur ein erster Schritt. Um bezahlbares Wohnen zu sichern und den Mieterschutz weiter zu verbessern, planen wir weitere Maßnahmen. Dazu zählen unter anderem strengere Regelungen für Kurzzeitvermietungen, möbliertes Wohnen und Indexmietverträge. Künftig soll zudem durch eine sogenannte Schonfristzahlung einmalig die ordentliche Kündigung einer Wohnung abgewendet werden können – ein wichtiger Beitrag zur Vermeidung von Obdachlosigkeit.

Zudem wird eine Expertengruppe bis Ende 2026 gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Mieter- und Vermieterorganisationen

Vorschläge für eine Reform des Mietwuchertatbestands, für Bußgeldregelungen bei Verstößen gegen die Mietpreisbremse sowie für eine Vereinheitlichung mietrechtlicher Vorschriften erarbeiten. Auch in diesen Bereichen wollen wir gesetzgeberisch aktiv werden.

Wir bauen schneller und einfacher

Einer der Gründe für hohe Mieten ist das knappe Angebot für die wachsende Bevölkerung. Wenn schneller und mehr gebaut wird, wirkt sich das auch positiv auf die Mieten aus.

Auch deshalb müssen wir mehr bauen, mehr aufstocken und mehr sanieren – bei geringeren Kosten und in kürzester Zeit.

Genau hier setzt das „Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung“ an, indem es den Kommunen Werkzeuge an die Hand gibt, um Wohnbauprojekte vor Ort deutlich zu beschleunigen. Konkret bedeutet das:

1. „Wohnungsbau-Turbo“: Das Gesetz ermöglicht im Baugesetzbuch eine Abweichung von bestehenden Bauvorschriften. Insbesondere können Kommunen damit Bauprojekte realisieren, ohne einen Bebauungsplan aufstellen oder ändern zu müssen: Das spart im Durschnitt vier – in größeren Städten gerne auch mal sieben oder zehn Jahre Zeit. Wohnbauprojekte (z. B. Aufstockung, zweite Reihe, Neubau) können damit zukünftig bereits nach 2-3 Monaten starten.

Ein echter Erfolg der SPD-Fraktion in den Verhandlungen ist die Ausweitung auch für den Bau von Kitas, Schulen und sozialen oder kulturellen Einrichtungen.

Der Wohnungsbau-Turbo ist zwar schnell, aber nicht schrankenlos: So darf im Außenbereich nicht auf der grünen Wiese gebaut werden, bestehende umwelt- oder naturschutzrechtliche Regeln bleiben unberührt.

2. Lärmschutz: Wir vereinfachen den bisher zu restriktiven Lärmschutz und geben den Kommunen mehr Flexibilität im Bebauungsplan, wenn moderne Schallschutz-Technologien verwendet werden.

3. Umwandlungsschutz verlängert: Um bestehenden Mietraum zu sichern, verlängern wir zuletzt den Umwandlungsschutz für Mietwohnungen in angespannten Wohnungsmärkten bis Ende 2030.

Mit diesem Gesetz haben wir ein zentrales Wahlversprechen angestoßen, das bis zum Herbst abgeschlossen sein soll. Und dann folgen die anderen Pläne, die wir in der Koalition vereinbart haben, um bezahlbares Wohnen zu fördern:

Wir erarbeiten eine grundlegende Novelle des Baugesetzbuchs, um das Bauen noch schneller und einfacher zu machen. Wir legen einen Wohnungsbau-Investitionsfonds auf, der privates Kapital mobilisiert, um die Bautätigkeit zu erhöhen und wir vereinfachen die KfW-Förderprogramme. Zudem werden wir die Potenziale von seriellem Bauen und Sanieren weiter fördern und nutzen.

Auch für die Kommunen werden wir aktiv: Die Städtebauförderung wird schrittweise verdoppelt und die Mittel für den sozialen Wohnbau schrittweise sogar verdreifacht. Mit dem Sondervermögen für kommunale Infrastruktur verbessern wir das Leben der Menschen vor Ort, z. B. durch die Förderung von Bildungseinrichtungen und ÖPNV. Außerdem werden wir das kommunale Vorkaufsrecht wieder stärken.

Die Strategie ist einfach und effektiv: Durch verlässliche gesetzliche Regelungen sichern wir den Bestand an bezahlbarem Wohnraum – und gleichzeitig erhöhen wir das Tempo beim Wohnungsbau, indem wir Verfahren verkürzen und Innovation unterstützen.

SPDFRAKTION.DE

www.spdfraktion.de/instagram
www.spdfraktion.de/facebook
www.spdfraktion.de/tiktok
www.spdfraktion.de/youtube
www.spdfraktion.de/x